

Derzeitige Kita-Finanzierung überdenken

Postulat Die beiden DU-Abgeordneten Herbert Elkuch und Erich Hasler haben ein Postulat eingereicht. Darin wollen sie wissen, wie man die aktuellen Aufwendungen des Staates für die ausserhäuslich betreuten Kinder für alle Familienmodelle gerechter verteilen könnte.

Stephan Agnolazza
sagnolazza@medienhaus.li

Der letzte Versuch, in der ausserhäuslichen Betreuung von Kindern einen Wechsel herbeizuführen, kam vergangenes Jahr von der Wirtschaftskammer. Dieser wurde vom Stimmvolk aber mit über 80 Prozent deutlich abgelehnt. Damals exponierten sich vor allem die Unabhängigen (DU) klar gegen die Vorlage, weil sie nach deren Meinung ein Familienmodell mehr unterstützte als die anderen. Vorgestern reichten nun die beiden DU-Abgeordneten Herbert Elkuch und Erich Hasler bei der Regierung ein Postulat ein, in welchem diese eingeladen werden soll, «die organisatorischen, finanziellen und strukturellen Auswirkungen (Vor- und Nachteile) zu prüfen, die sich ergeben, wenn man die staatlichen Subventionen nicht mehr wie bisher den staatlich geförderten Kitas, sondern den einzelnen, unterstützungsbedürftigen, inländischen Familien zukommen lässt.» Ausserdem interessiert die DU-Abgeordneten in diesem Zusammenhang auch, ob beispielsweise EWR-Vorgaben verhindern, dass die staatliche Subventionierung auf inländische Familien beschränkt bleibt. Gerade der letzte Punkt wurde im Landtag schon öfters diskutiert. Vertreter der DU-Fraktion hatten sich bereits im Juni-Landtag dafür ausgesprochen, unterstützungsbe-



Erich Hasler und Herbert Elkuch (r.) wollen die Regierung mittels Postulat einladen, die staatliche Unterstützung der ausserhäuslichen Betreuung unter die Lupe zu nehmen, um sie anschliessend neu und gerechter zu verteilen. Bild: Archiv

dürftigen inländischen Familien stärker finanziell unter die Arme zu greifen.

DU sieht Grundprinzip der Gleichbehandlung verletzt

Seit 2011 werden in Liechtenstein bekanntlich keine neu gegründeten Kitas mehr staatlich unterstützt. Je nach Kita kann es heute also sein, dass es für die Eltern teurer oder günstiger wird – abhängig davon, wann die Kita ihren Betrieb aufgenommen hat. Das-

selbe gilt für andere Formen der ausserhäuslichen Betreuung, wie beispielsweise bei Tagesmüttern. Auch hier gibt es bis heute keine Subventionen durch den Staat. In der Postulatsbegründung schreiben die Abgeordneten Elkuch und Hasler, das sei ungerecht und stossend, weil damit der verfassungsmässig garantierte Gleichbehandlungsgrund verletzt werde.

Nach Ansicht der Postulanten sollen die Kitas nicht mehr wie

bisher pauschal nach Anzahl der bewilligten Plätze subventioniert werden, sondern den Kitas soll die Differenz zwischen dem von den Eltern zu leistenden Beitrag und den Kosten eines Kita-Platzes ausgerichtet werden. Das Amt für Soziale Dienste soll die Kosten des Kita-Platzes und die Höhe der Elternbeiträge festlegen.

Im Rahmen der Abklärungen soll die Regierung auch einen Vergleich mit den entsprechenden Einrichtungen der Kantone

St. Gallen und Graubünden bezüglich der von den Familien zu leistenden Beiträge an die Kitas, Organisation der Kitas in diesen Kantonen und deren staatliche Unterstützung anstellen.

Ausgaben sollen nicht steigen

Dank einer solchen Angleichung der staatlichen Subventionierung an die beiden Nachbarkantone sowie durch den Ausschluss von Personen mit hohem steuerbaren

Einkommen von der staatlichen Subventionierung soll die Regierung auch das Einsparpotenzial in diesem Bereich überprüfen. Ausserdem soll eine Verschlinkung der bisherigen Strukturen (Kita-Verein und Eltern-Kind-Forum) überprüft werden. Die Postulanten wünschen grundsätzlich keine Erhöhung der staatlichen Beiträge, denn der derzeitige Staatsbeitrag für Fremdbetreuung werde als hoch genug angesehen.

Das Anliegen der Postulanten sei, dass die bereitgestellten staatlichen Gelder gerecht verteilt und alle Familien und Kitas entsprechend der Landesverfassung gleich behandelt werden, heisst es in der Begründung. Die bisherige Regelung und Handhabung durch die Regierung erfülle diese Anforderungen in keiner Weise. Die Regierung solle deshalb prüfen, wie das vorhandene Geld gerecht unter den Familien, die auf Fremdbetreuung angewiesen sind, verteilt und Strukturen verschlankt werden können.

Das Postulat dürfte im September-Landtag für Diskussionen sorgen. So ist bei allen politischen Parteien Handlungsbedarf in diesem Bereich erkannt. Wie aber eine gerechte Verteilung auszusehen hat und wie diese ausgestaltet und garantiert wird, ist eine andere Frage. Vor allem die Bevorzugung der inländischen Familien dürfte – angesichts der letzten Diskussion im Landtag – auf Widerstand stossen.